

TISCHVORLAGE, zu TOP 1.a

Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses am 20.01.2009

Interkommunale Zusammenarbeit der Städte Nürnberg, Fürth, Erlangen und Schwabach

Bezug: Aufgabenübertragung „Kommunale Verkehrsüberwachung“ auf einen zu gründenden Zweckverband

hier: Tischvorlage der Personalvertretung OBM zur POA-Sitzung am 20.01.2009

Die Personalvertretung OBM wurde von der POA-Vorlage mittels Abdruck verständigt. Vom Sachverhalt kann deshalb derzeit nur Kenntnis genommen werden. Herr OBM als Leiter des Geschäftsbereiches wird in der Vorlage nicht erwähnt, erhält aber wenigstens diese Tischvorlage durch seine Personalvertretung. PR OBM behält sich vor, noch eine gesonderte Stellungnahme zum Sachverhalt abzugeben.

Vorab bitten wir die Mitglieder des Personal- und Organisationsausschusses folgendes zur Kenntnis zu nehmen, bzw. in die ausführliche Beratung mit einzubeziehen.

1. Am 27.01.2009 findet eine Personalversammlung mit den Beschäftigten der KVÜ und Herrn OBM statt. Hier erwarten sowohl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch die Personalvertretung Sachstandsaufklärung.
2. Von den Beschäftigten der Kommunalen Verkehrsüberwachung wurde zur Personalversammlung ein umfangreicher Fragenkatalog (FAQ) erarbeitet. Diese Fragen, Antworten und nötige Konsequenzen sind in die Projektarbeit mit einzubeziehen.
3. Am meisten drängt sich die Frage nach dem Sinn eines Zweckverbandes auf. Besteht Unzufriedenheit mit der Leistung, dem Erscheinungsbild und dem Kostendeckungsgrad der städt. Verkehrsüberwachung?
4. Im Rahmen der Projektarbeit ist der Begriff „Wirtschaftlichkeit einer Verkehrsüberwachung“ nachvollziehbar zu begründen und zu dokumentieren. Die Erhöhung der Kontrolldichte im ruhenden und fließenden Verkehr wird immer zu weniger Einnahmen führen. Andererseits aber zu einer lebenswerten Stadt mit weniger „Rasern“ und freien Anwohner- und Innenstadtparkplätzen. Dies sollten die politisch Verantwortlichen bei ihrer Entscheidungsfindung berücksichtigen.
5. Die Personalvertretung OBM begrüßt die Beteiligung an der Projektarbeit und erwartet eine regelmäßige Information der Beschäftigten im Rahmen der Mitarbeiterbeteiligung zum Sachstand und Ergebnis. Modellhaft war zuletzt die Beteiligung bei SÖR. Sinnvollerweise sollte jede beteiligte Stadt durch ihren Personalrat vertreten sein.
6. Die in der Vorlage geschilderten SYNERGIEEFFEKTE sind schon bei vielen andern Reformprojekten gescheitert. Ein dezentraler Zweckverband wird vielmehr neue Schnittstellen und somit Personalmehrbedarf bewirken. Ein zentraler Zweckverband hingegen vermeidet zwar neue Schnittstellen, bewirkt aber anderweitige Mehrkosten, wie z.B. Wegezeiten für die Außendienstkräfte. Die Personalvertretung erwartet eine ausführliche Diskussion der politisch Verantwortlichen und fundierte Feststellung der Projektgruppe über den Sinn eines Zweckverbandes, da er, wie hoffentlich allen Entscheidungsträgern bekannt ist, nicht der wirtschaftlichsten Form der Interkommunalen Zusammenarbeit entspricht.
7. Als eigenständige Problematik ist der völlig verschiedene Kostendeckungsgrad der Städte zu bewerten, die Spannweite reicht von 75 - 150 %. Wie wird sich das letztendlich auf die einzelne Stadt auswirken? „Finanziert“ die Stadt Nürnberg mit dem höchsten Kostendeckungsgrad dann die Städte mit niedrigerem Kostendeckungsgrad?

Diese Aufstellung ist unvollständig. Nach der Personalversammlung mit Herrn OBM und Diskussion sowohl im Personalrat wie auch mit den Betroffenen, werden sicher noch weitere Punkte benannt werden können.

Am 16.01.2009
Personalrat Oberbürgermeister

gez.

Winkler
Vorsitzender

Verteiler per Email:

- Ref. I / Mitglieder des POA über Ref. I
- Fraktionen im Stadtrat
- OrgA / Frau Herzog
- Abdruckempfänger der POA-Vorlage
- Herr OBM